

Märkischer Express

Rheinisch-Westfälisches Tageblatt
Amtliches Kreisblatt für Stadt- und Landkreis Bochum

Druck und Verlag: Buchdruckerei W. Stumpf, Kommanditgesellschaft Bochum.
Geschäftsstelle: Dudenbergstraße 11, Fernsprecher 125. • Postfachkonto Dortmund Nr. 3695.
Schriftleitung: Dudenbergstraße 4, Fernsprecher 125.

Nr. 21.

Montag, den 26. Januar 1925.

97. Jahrgang.

Am Freitag Neuwahl des Ministerpräsidenten.

Presse und Regierung.

Eine Rede des Reichstanzlers.

Berlin, 25. Jan. Der Leiter der Presseabteilung der Reichsregierung hatte gestern Abend die Chefredakteure der Berliner Presse und die Vertreter der auswärtigen deutschen Zeitungen zu einem Bierabend in die Räume der Presseabteilung der Reichsregierung am Wilhelmshof eingeladen. Außer dem Reichstanzler Dr. Luther und dem Reichstagspräsidenten Dr. Brüning waren erschienen: Reichsminister des Innern Schiele, Reichswirtschaftsminister Brüning, Reichsarbeitsminister Dr. Brauns, Reichspostminister Stinagel, Reichsverkehrsminister Krosigk, der Präsident des Rechnungshofes Saemisch, die Staatssekretäre v. Schubert, Kempner, Zweigert, Geth, Sautter, Admiral Jentz und der Generaldirektor der Reichsbahngesellschaft Defer.

Nach einer kurzen Begrüßungsansprache durch Ministerialdirektor Dr. Riep ergriff Reichstanzler Dr. Luther das Wort zu einer längeren Rede, in der er sich zunächst in launiger Weise über das Verhältnis von Presse zur Regierung aussprach.

Der Reichstanzler ging dann über zu einer Darstellung der verantwortungsvollen Aufgabe, die der Presse gegenüber dem Volksganzen obliegt, wobei er etwa folgendes ausführte:

Im großen politischen Körper der Demokratie besteht die Aufgabe, daß die Beziehungen des Einzelnen zu den großen Dingen des Staates indirekt seien, indem der Einzelne ja nur an der Wahl der Volksvertretung, aber nicht an den Entscheidungen selbst beteiligt sei. Wir müssen, um in unserer Verfassung zu leben, dahin kommen, das Verhältnis des Einzelnen zum Staatswesen so direkt zu gestalten wie nur irgend möglich, und diese Aufgabe kann überhaupt nur die Presse lösen. Die Presse sei in der Lage, den großen Massen der Menschen die großen Dinge des öffentlichen Lebens wirklich nahe zu bringen und deshalb trage die Presse auch die schwere Verantwortung dafür, in welcher Weise diese Nahebringung der Dinge des öffentlichen Lebens erfolgt. Die Aufgabe der Presse sei es, nicht nur das politische, sondern auch das gesellschaftliche zu unterstreichen, sondern in der Masse des Volkes das direkte Verhältnis zum Staatswesen im Ganzen zu pflegen. Das sei aber nur möglich, wenn die Presse ihre Leser immer und immer wieder vor die Tatsachen stelle, so wie sie sind. Dann werde erreicht, daß jeder ungetrübte Standpunkt auch in der Lage sei, dem Standpunkt des anderen Gerechtigkeit widerfahren zu lassen; dann werde erreicht, was er, solange er im öffentlichen Leben stehe, immer als sein Lebensziel betrachte habe, daß man im politischen Genuß nicht den Feind, sondern den Volksgenossen sehe, der von einem anderen Gesichtspunkt aus an dieselben Dinge herangehe. Er richte die dringende Bitte an die Presse, sich stets gegenwärtig zu halten, daß unser Volk nicht in feindliche Glanz zerfalle, sondern ein großer Organismus sei, in dem sich die einzelnen Teile selbstverständlich gegeneinander bewegen müßten, um das Gesamtresultat zu erreichen, aber nicht gegeneinander kämpfen dürften. Wenn man z. B. von Wirtschaft und Sozialpolitik sprechen höre, so erscheine es manchmal so, als wäre die Wirtschaft der Standpunkt der Arbeitgeber und die Sozialpolitik der der Arbeitnehmer. Das sei aber ein Unding: Wirtschaft sei nicht möglich ohne die lebendigen Kräfte der Arbeiter, die man nicht auspumpen dürfe bis zum letzten, in denen man vielmehr Teile des Volksganzen und Volksgenossen sehen müsse, die sorgfältig zu behandeln seien. Sozialpolitik sei nicht möglich, ohne daß die Wirtschaft im Ganzen gedeihe und Werte erzeuge, mit deren Hilfe die Sozialpolitik betrieben werde. Dieses Beispiel zeige, daß wir nur durch Zusammenfassen unserer Kräfte, aber nicht durch Betonung der Gegensätze über die Hindernisse hinwegkommen würden, die uns noch an großer Zahl auf dem Wege zur Befriedung entgegenstünden.

Rum Schluß gab der Kanzler der Hoffnung Ausdruck, daß er in immer steigendem Maße die Möglichkeit haben werde, mit der Presse zusammen an dem Ziele zu arbeiten, das Trennende zu überwinden und das Einigende ungeachtet der selbstverständlichen politischen Verschiedenheiten zu betonen. Dann wurde, wenn auch in langsamer, mühsamer Arbeit, der Weg nach oben gefunden, den wir alle gemeinsam suchten.

Die Ausführungen des Kanzlers, der ein Hoch auf die Presse ausbrachte, wurden von den Anwesenden mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

Die Regierungskrise in Preußen.

Ein Beschluß des Aelterenrats des Landtags.

TU. Berlin, 25. Jan. Der Aelterenrat des preußischen Landtages beschloß gestern nach einstündiger Beratung, die nächste Vollversammlung des preußischen Landtages am Freitag, den 30. Januar abzuhalten. Auf der Tagesordnung steht nur die Wahl des Ministerpräsidenten. Die in der Freitagssitzung entstandenen Zweifel über die Auslegung der Geschäftsordnung hinsichtlich der Abstimmungsergebnisse sollen vom Geschäftsausschuss geprüft werden. Die Fraktionen treten heute nicht mehr zusammen.

Die Demokraten für schnelle Neuwahl des Ministerpräsidenten.

TU. Berlin, 25. Jan. Die Landtagsfraktion der demokratischen Partei nahm sofort nach der Vollversammlung Stellung zu der durch die Abstimmungen geschaffenen Lage, deren Beurteilung völlige Übereinstimmung ergab. Die Fraktion ist nach Ansicht des Aelterenrats der Auffassung, daß die Neuwahl des Ministerpräsidenten so schnell als möglich vorgenommen werden müsse. Die Vertreter der Fraktion werden die Auffassung in der morgigen Sitzung des Aelterenrats zum Ausdruck bringen.

Zentrum und Sozialdemokratie in Preußen.

TU. Berlin, 25. Jan. Wie die Telegraphen-Union berichtet, haben die Sozialdemokraten bereits vor dem Rücktritt des preußischen Kabinetts zugestimmt, die kulturellen Belange des Zentrums nicht zu fördern. Die Genehmigung der Charottenburger Realschule und der Klostermädchenschule in Mägen, die schon zur Zeit der Ministerfraktion Dr. Voigt beantragt und kürzlich durch den Ministerpräsidenten Braun in seiner Eigenschaft als Kultusminister erfolgt ist, hat dagegen, wie berichtet wird, mit der Aufgabe der Sozialdemokratie nichts zu tun. Andererseits wird von Vertretern gesprochen, das preußische Zentrum zu einer Regierungsbildung ähnlich wie im Reich, zu veranlassen und ihm den Posten des Ministerpräsidenten anzubieten.

Die Sozialdemokratie präsentiert wieder Braun.

Berlin, 26. Jan. Wie wir hören, wird die sozialdemokratische Landtagsfraktion in Preußen einstimmig beschließen, den bisherigen Ministerpräsidenten Braun wieder für die Neuwahl in Vorschlag zu bringen. Weiterhin hat der sozialdemokratische Parteivorstand, der zu der Lage in Preußen Stellung genommen hat, beschlossen, daß der Minister Severing der neuen preußischen Regierung angehören müsse, wenn die sozialdemokratische Partei mitwirken solle. Eine Neuernennung Severings würde dem Zentrum große Vorteile hervorrufen, jedoch seine Person sehr umstritten sein würde, wenn überhaupt daran zu denken ist, die bisherige Koalition wieder herzustellen.

Berliner Pressekritiken über Brauns Rücktritt.

Berlin, 25. Jan. Der Rücktritt der preußischen Regierung wird von der deutschnationalen und der sozialdemokratischen Presse auf das lebhafteste begrüßt. Auf die Frage, was nun geschehen soll, findet man allerdings in der gesamten Presse keine Antwort.

Wichtige Parteiführerbefprechungen beim Reichstanzler.

Berlin, 26. Jan. Reichstanzler Dr. Luther wird, wie wir hören, in den nächsten Tagen die Führer der hinter der Regierung stehenden Parteien empfangen, um mit ihnen den Fragenkomplex der künftigen Steuer- und Finanzprobleme zu erörtern. Bei dieser Gelegenheit wird der Kanzler den Parteiführern bedeutsame Mitteilungen über seine Absichten zur finanziellen Durchführung der Londoner Vereinbarungen machen und sich besonders über die Frage der Lastenverteilung äußern. Die Deutsche Volkspartei, die Deutschnationalen und das Zentrum kündigen an, daß sie hinsichtlich der Regelung der Finanzfragen eine Reihe von Vorschlägen und Anträgen im Reichstag einbringen werden. Vor dem 5. Februar wird übrigens der auswärtige Ausschuss nochmals einberufen werden, um einen Bericht Dr. Stresemanns über die außenpolitische Lage entgegenzunehmen.

Das Zentrum zum Kabinett Luther.

Berlin, 25. Jan. Der Reichsparteivorstand der Zentrumspartei, die Vorstände der Reichs- und Landtagsfraktion sowie die Vorstände und Generalsekretäre der Landes- und Provinzialverbände der Zentrumspartei haben sich in eingehenden Beratungen unter dem Vorsitz des früheren Reichstanzlers März mit der politischen Lage und den Parteiangelegenheiten beschäftigt. In einer einstimmig angenommenen Ent-

schließung wurde die Stellungnahme der Versammlung zur Regierungsbildung im Reich festgelegt und die vom Vorstände der Zentrumspartei im Reichstag abgegebene Erklärung zur Bildung des Kabinetts Luther gebilligt. Die Versammlung nahm weiter von den Maßnahmen Kenntnis, die die Reichstagsfraktion getroffen hat, um die mit dem Varmat-Kongress zusammenhängenden Angelegenheiten zu klären.

Die Vorbereitungen zur Reichspräsidentenwahl.

Berlin, 26. Jan. In den politischen Kreisen beginnt man sich immer eingehender mit der Frage der Neuwahl des Reichspräsidenten zu beschäftigen. Wie wir erfahren, soll ein endgültiger Beschluß der Reichsregierung über die Festlegung des Wahltermins Ende März gefaßt werden, damit die Aufstellung der Kandidaten noch rechtzeitig erfolgen kann. Die Aufstellung der Kandidaten selbst wird durch die Parteivorstände erfolgen, die sich schon jetzt nach den in Frage kommenden Persönlichkeiten umsehen. Dabei werden sich die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei auf einen gemeinsamen Kandidaten einigen, während das Zentrum vorläufig noch nach keiner Seite Neigung nehmen wird, und auf der anderen Seite die beiden Linksparteien ebenfalls geneigt sind, sich auf einen gemeinsamen Kandidaten zu verständigen.

Varmat, Antiker und Konferten.

Von Dr. Becker (Hessen), M. d. R.

Der Verfasser, der frühere Reichsfinanzminister Dr. Becker-Hessen, ist Mitglied des Varmat-Ausschusses im Reichstag. Mit den Herren Varmat, Antiker und Konferten beschäftigen sich zur Zeit neben der Staatsanwaltschaft auch sehr stark die Parlamente. Die Deutsche Volkspartei hat ihnen ihre Aufmerksamkeit nicht erst seit den Tagen angewandt, seitdem die Staatsanwaltschaft die Verfolgung gegen die Beteiligten eingeleitet hat. Schon in den ersten Wochen nach dem Zusammenbruch des vorigen Reichstages — es war wohl im Juni vorigen Jahres — hatten in einer durch den Verfasser dieses Aufsatzes veranlaßten Sitzung des Ausschusses des Reichstages deutschvolksparteiliche Abgeordnete, besonders der Abg. Dr. Hugo, die Regierung darüber zur Rede gestellt, wie das durch hohe Steuern und noch höhere Zölle von Post und Eisenbahn aus der Bevölkerung herausgepresste Geld, das damals weit über die zur Deckung notwendigen Reichsbedürfnisse erforderlichen Summen hinausging, verwendet worden und ob es tatsächlich richtig sei, daß es derart zwecklos auf einzelne mehr oder weniger zweifelhafte Vandalen usw. gegeben werde, die es dann wieder zu wucherischen Zinsen weiter verleiht. Die Auskünfte, die damals gegeben wurden, befriedigten die Fragesteller keineswegs, und so beauftragte die Fraktion schon damals mehrere ihrer Mitglieder, bei den zuständigen Reichsstellen nochmals unmittelbar vorzulegen zu werden. Das ist geschehen, freilich, wie die nun durch die Öffentlichkeit gehenden Nachrichten über die Fälle Varmat usw. zeigen, ohne daß es den rechten Eindruck auf die Reichsstellen gemacht hätte. Als dann die ersten Gerüchte über die Beziehungen jener Schieber zu Reichs- und Landesbehörden bekannt wurden, hat die Fraktion der Deutschen Volkspartei dem Entwurf einer Interpellation Dr. Becker und Genossen zugestimmt, da der Reichsregierung so rasch als möglich Gelegenheit gegeben werden sollte, im Plenum des Reichstages auf die Frage der Interpellanten zu antworten, wie die beflaggten Vorfälle sich überhaupt haben ereignen können, insbesondere wie es möglich war, daß in einer Zeit scharfster Kreditnot und noch scharfer Einschränkung der Kredite durch die Reichsbank, in einer Zeit, in der die ganze solide Wirtschaft und vor allem der Mittelstand in schwerster Verlegenheit um Betriebsmittel war, Reichs- und sonstige öffentliche Mittel in so verschwenderischer und leichtfertiger Weise jenen Schiebern zugewandt werden konnten und insoweit an dieser leichtfertigen Kreditvermittlung Beamte oder Parlamentarier beteiligt waren. Die Interpellation wurde nicht mehr förmlich dem Reichstag vorgelegt, weil inzwischen der Antrag der Deutschnationalen Fraktion auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses im Reichstag einstimmig angenommen worden war. Es ist aber doch nicht uninteressant, darauf hinzuweisen, daß unser Freund Dr. Curtius es war, der während einer Geschäftsordnungsdebatte über eine etwaige Tagung des Reichstages am nächsten Tage und die dazu aufzustellende Tagesordnung den Präsidenten darauf aufmerksam machte, daß er diesen wichtigen Geschäftsordnungsakt am einfachsten erledigen könne, wenn er jenen deutschnationalen Antrag, der gar nicht auf der Tagesordnung stand, sofort zur Verhandlung unter der Hand herbeiführe. Wenn also die Dinge nunmehr auf den Weg einer parlamentarischen Untersuchung gebracht worden sind, so darf sich die Deutsche Volkspartei einen großen Teil des Verdienstes daran zusprechen.

Unabhängig hat sich der Varmat-Ausschuss im Reichstag konstituiert. Es wird Aufgabe unserer Vertreter in diesem Ausschuss Dauth und Dr. Becker (Hessen) sein, dafür zu sorgen, daß dieser Ausschuss rasche und gründliche Arbeit leistet und vor allem dafür sorgt, daß in alle Winkel der üblen Sache ohne Ansehen der Person hineingeleuchtet wird. Sie werden auch dafür sorgen müssen, daß diese Untersuchung nicht ins Uferlose verläuft, da sie dann leicht überhaupt kein Ende finden wird und das Interesse von der Kernfrage abgelenkt wird. Auf was wird es dabei in wesentlichen ankommen? Niemand wird es für falsch halten, daß das Reich im allgemeinen und vor allem, daß die Vertriebsanstalten die Mittel, die sie nicht sofort brauchen, verzinslich anlegen und sie damit der Wirtschaft, der sie entstammen und die sie bringend benötigt, wieder zuführen. Ob es gerade besonders gefährlich war und ist, daß die verschleuderten Reserven nebeneinander arbeiteten, darüber kann man verschiedener Meinung sein. Was aber zu beanstanden und anzuklagen auch zu klären sein wird, das ist die Qualität der Betriebe, denen man jenen Kredit ausweilt. Es ist bereits eingangs darauf hingewiesen worden, wie der Verdacht besteht, daß man gerade Schieberkredit meinte, die sich besonderer Gunst und besonderer Begünstigung und Unterstützung erfreuten, dabei in erster Linie aber gar ausschließlich bedacht hat, während die ankündigenden Wirtschaftskreise in schwerster Not und Verdrängnis waren und keineswegs ebenbürtige günstige Behandlung erreichen konnten. Es wird die Frage fern zu prüfen und aufzuklären sein, unter welchen Bedingungen die Kreditgewährung erfolgte und ob vor allem die nötige Sicherheit für die gewährten außerordentlich hohen Summen ge-

nl. Duisbur
A h e i n p o l i z e
n i s s e H a n d e l s k a m
e i n e r G i n g a b e a n
z u r e i c h e n d e A u s t r i
m ä n g e l t u n d b e t o n
d e r d i e S t r e d e v o n
G r e n z e u m f a s s t , d
m e h r z u r V e r f ü g u n
b e r e i t s 1923 g e l u f t
H a n d e l s k a m m e r n
R h e i n p o l i z e i t m i t b
m a t e r i a l i n d i e H a

Einer der erstaunlichsten Fälle, der bisher in der an Merkwürdigkeiten reichen Geschichte der amerikanischen Ehegerichtsbarkeit vorgekommen ist, wurde in Fort Worth in Texas verhandelt. Eine Mrs. Helen Keller verlangte, von ihrem Gatten geschieden zu werden, den sie niemals, weder bei der Hochzeit, noch nachher, gesehen hat. Das Paar verheiratete sich vor 19 Monaten, weil die junge Dame den Titel einer verheirateten Frau haben wollte, ohne aber deshalb einem Manne irgendwelche Ansprüche einzuräumen. Die Trennung wurde durchs Telefon vollzogen, und zwar gab die Braut ihre Erklärung vor einem Geistlichen in Texas ab, während der Bräutigam 3000 Me. entfernt in Washington vor einem Geistlichen seiner unbekannten Lebensgefährtin ewige Treue schwur. Nach dieser ungewöhnlichen Hochzeit folgten dann 19 stille Monate, in denen die „Telephon-Ghe“ nicht durch das Geringste getrübt wurde. Aber dieses Eheglück wurde plötzlich, wie im „Newyork Herald“ berichtet wird, dadurch gestört, daß der Bräutigam nach Texas kam und dem Anspruch machte, seine Frau zu sehen. Diese unerhörte Zumutung verurtheilte die „Telephon-Gattin“ in solche Empörung, daß sie sofort die Ehescheidungsklage einreichte. Sie besaupete, über den Charakter ihres unbekannten Gemannes Dinge gehört zu haben, die ihr gar nicht gefallen, und fordert deshalb die Scheidung wegen „unverminderlicher Abneigung“.

